



Protokoll Forum 1: Politische Parteien und kulturelle Vielfalt

Teilnehmende: **Aziz Bozkurt**, Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD
Prof. Dr. Karen Schönwälder, Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften

Moderation: **Alice Lanzke**, Neue deutsche Medienmacher

Protokollant: **Daniel Männlein**

Kernthema des Forums war eine Diskussion darüber, wie sich die kulturelle Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft in der Politik und politischen Parteien spiegelt. Ausgangspunkt stellte die Unterrepräsentanz von Mitgliedern mit Einwanderungsgeschichte im neu gewählten Bundestag dar, in dem nur 59 der 709 Abgeordneten (8,3%) eine solche aufweisen.

Aziz Bozkurt thematisiert in seinem Inputvortrag den Stand der Berücksichtigung kultureller Vielfalt innerhalb der SPD. In diesem Zusammenhang äußert er drei Thesen:

- Erstens bedarf es innerhalb der SPD einer stringenten Erzählung dessen, was die Einwanderungsgesellschaft ist und wie sie vielfältig gestaltet werden kann. In der Vergangenheit habe es keine klare Linie dazu gegeben. So seien fortschrittliche Ansätze etwa im Berliner Parteiprogramm der 1990er Jahre oder Erfolge wie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts durch die rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 immer wieder mit einer Beteiligung der Partei an restriktiven Maßnahmen wie dem sog. „Asylkompromiss“ von 1993 einhergegangen oder durch Personen wie Thilo Sarrazin und seinen zunächst beantragten, dann aber fallen gelassenen Parteiausschluss konterkariert worden. *Statt dieser Ambivalenz muss die SPD Vielfalt als historische Realität erzählen.* Dies betrifft auch die Parteigeschichte, die als Vielfaltsgeschichte erzählt werden kann, bedenkt man beispielsweise die polnischen Vorfahren Rosa Luxemburgs o.ä.
- Die Partei müsse zweitens *eine Doppelstrategie, die sowohl die „oberen“, als auch die „unteren“ Parteiebenen betreffen* etablieren. Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte sollte eine besondere Rolle in zentralen Führungspositionen der Partei zukommen. In den „unteren“ Ebenen sollten die Möglichkeiten ausgebaut werden, Arbeitskreise und Gremien der Partei als Schutz- und Vernetzungsräume für engagierte Migrant_innen von unten zu gestalten.
- Für die „interkulturelle Öffnung der SPD“ und um das selbstgesteckte Ziel von 15 Prozent Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte in allen Gremien zu erreichen, bedarf es drittens *eines dauerhaften Austausches mit Menschen mit Migrationshintergrund und einer stärkeren Förderung und Vernetzung Genossinnen mit Einwanderungsgeschichte.* Diese Zielgruppe müsse permanent involviert und angesprochen werden, um ihre Repräsentation in der SPD zu erhöhen. Nur wenn diese Forderungen erfüllt seien, könne die SPD als echte Vielfaltspartei gelten.

Prof. Dr. Karen Schönwälder erläutert in ihrem Inputvortrag die Relevanz des Themas „Vielfalt im Parlament“ aus politikwissenschaftlicher Perspektive:

- Für Demokratie und Chancengleichheit bedeutet eine fehlende sichtbare Vielfalt im Parlament, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Es ist es wichtig, die Unterrepräsentation von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte zu senken, weil diese die ohnehin bestehenden Benachteiligungsprozesse auch in den Parlamenten verfestigt, wenn die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe übersehen und ignoriert werden. Die Präsenz von Minderheiten verändere hingegen nachweislich Problemwahrnehmung und Prioritätensetzung und macht es schwieriger, Minderheiteninteressen zu übergehen. Sind Minderheiten im Parlament präsent, führt dies auch zu einer insgesamt gesteigerten Anerkennung, weil ihre Sichtbarkeit das Zutrauen in sie stärkt. Dies hat psychologische Folgen für die Minderheiten selbst und für die gesamte Gesellschaft, in der dann eine Ausgrenzung bestimmter Gruppen nicht mehr so leicht legitimiert werden kann.
- Wichtig sei es, Menschen mit Migrationshintergrund nicht als homogene Gruppe zu sehen. Politiker_innen vertreten nicht generell die Interessen einer bestimmten Gruppe, sondern handeln eher nach Parteiinteressen. Parteien hingegen streben Homogenität bei ihren Zielen an, was zu Repräsentationsproblemen gerade bei großen Volksparteien führt. Aktuell haben alle im Bundestag vertretenen Parteien Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Diese und die prozentualen Entwicklungen sind jedoch unterschiedlich groß und ihre Einbindung in die jeweilige Partei und Fraktion verschieden stark.
- Schönwälder bemängelt, dass die Parteien im Bundestagswahlkampf 2017 zu defensiv gegenüber Migrationsthemen agiert haben. Sie diagnostiziert eine „fehlende Koalition der Solidarität“ mit Geflüchteten und Migrant_innen. Potenziell gäbe es eine solche Koalition, aber die Parteien hätten darauf verzichtet, das sich aus der Willkommenskultur ergebende Potenzial zu mobilisieren. Denn es ist ja eine stabile Mehrheit – aktuell rund 59 Prozent – der Bevölkerung der Meinung, Deutschland könne die Aufnahme von Geflüchteten verkraften. Die Politik konzentrierte sich aber auf die Angst von 39 Prozent der Bevölkerung, die der entgegengesetzten Meinung sind. So stünden Befürchtungen vor negativen Konsequenzen der Einwanderung im Fokus der Parteiprogramme. Anhand dessen lautet Schönwälders Hauptargument: Festverankerte Einstellungen der Bevölkerung werden nicht mobilisiert, stattdessen konzentrieren sich die Parteien auf die Gefahr, dass zu viele Wähler_innen rechte Parteien wählen. Schönwälder fordert deshalb *interkulturelle Öffnung zuzulassen und nicht dem Gegentrend zu verfallen*.

In der anschließenden Diskussion diskutieren die Anwesenden mit den Teilnehmer_innen des Forums, wie die interkulturelle Öffnung der Parteien und eine bessere Teilhabe von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte umgesetzt werden kann:

- Gefordert wird, dass Parteien regionale Proporzprinzipien überdenken müssen und stattdessen Menschen mit Migrationshintergrund besser strukturell in allen Parteigremien integrieren sollten. Bei der Auswahl von geeigneten Kandidat_innen gelte es, reflexiv und rassistischkritisch zu handeln, um nicht Menschen aufgrund von Merkmalen wie z.B. ein sprachlicher Akzent oder das Aussehen zu benachteiligen.
- Die Parteien müssten sich fragen, warum die zivilgesellschaftliche Tendenz zur Solidarität mit Geflüchteten nicht weiter politisch mobilisiert wurde. Hierzu bedarf es der Selbstkritik. Die Fixierung der Parteien auf Aspekte der Migrationskontrolle ist problematisch, weil diese aufgrund der zu erwartenden anhaltenden weltweiten Migrationsbewegungen, der Interessenvertretung von Migrant*innenorganisationen in Deutschland sowie gesellschaftspolitischer Prozesse hin zu mehr Diversität nicht langfristig erfolgversprechend ist.
- Es gelte, so Karen Schönwälder, Strukturen und Umgangsweisen für weltweite Nächstenliebe und Solidarität zu finden, statt reflexartig eine notwendig scheiternde Migrationskontrolle

le zu propagieren. Aziz Bozkurt ergänzte hierzu, dass in der Debatte um Migration ein echtes links-progressives Gegengewicht zu restriktiven Migrationspolitiken fehle. Dem könne nur mittels einer Vision entgegengewirkt werden, die auf Weltoffenheit gründet. So könne beispielsweise betont werden, dass in naher Zukunft jede zweite Familie einen Migrationshintergrund haben werde.

- Es ist und bleibt eine Aufgabe des Staates, Integration zu ermöglichen und Hilfestellungen für neueinwandernde Menschen anzubieten. Die Eigeninitiative von Migrant_innen sollte dabei gefördert werden, der Staat muss Rechtssicherheit garantieren und langfristige Zukunftsperspektiven eröffnen.

Zur Tagung:

Am 2. November 2017 richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung die *Fachtagung „Demokratie und Parteien“* aus. Ausgehend von Ergebnis der Bundestagswahl wurde diskutiert:

- Wie hat die Bundestagswahl 2017 die Parteienlandschaft verändert?
- Naht das Ende oder die Renaissance der Volksparteien?
- Wie erfüllen Parteien ihre integrative Rolle in der Demokratie?
- Und wofür braucht die Demokratie eigentlich (noch) Parteien?

Es sprachen u.a. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, die Parteienforscherin Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), die Demoskopin Dr. Yvonne Schroth (Forschungsgruppe Wahlen), die Journalistin Dr. Ursula Weidenfeld sowie weitere Expert_innen aus Wissenschaft und Politik. Videomitschnitte und weitere Ergebnisse der Tagung finden Sie unter

<http://www.fes.de/de/demokratie-und-parteien/>

Kontakt:

Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, Mail: alina.fuchs@fes.de

Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mail: dietmar.molthagen@fes.de